

i Fijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 349

7. Dez. 2005

12. Jahrgang

"Einen Präsidenten zu stürzen, ist schon recht viel"

Wir haben kürzlich an dieser Stelle einen Artikel über die *Indigene Bewegung und das Projekt der Amerikanischen Deklaration zu den Rechten der Indigenen Völker* veröffentlicht (siehe ¡Fijáte! 345). Der Autor jenes Artikels begrüßte einerseits die Existenz Internationaler Konventionen über die Rechte der Indigenen Völker, wies aber gleichzeitig auf die Gefahr hin, mit der Konzentration auf eine Anerkennungspolitik die Forderungen nach Umverteilung zu vergessen.

Mit dem hier veröffentlichten Artikel möchten wir die Diskussion über die "Indigene Identität" bzw. die "Indigenen Identitäten" weiterführen. Santiago Bastos und Saríah Acevedo sprechen das Problem an, dass der Staat die Rechte und die Identität der indigenen Bevölkerung auf ein kulturelles "Phänomen" reduziert, wenn es aber um Macht oder eben Umverteilung der Macht geht, die bekannten Ausschlussmechanismen wieder ins Spiel kommen.

Das nachfolgende Interview mit Santiago Bastos und Saríah Acevedo erschien in *Inforpress Centroamericana* 1634 vom 18. November 2005.

Frage: Woher stammt die Maya-Identität?

Santiago Bastos: Die Maya-Identität ist ein Prozess. Identitäten werden konstruiert. Viele Leute glauben, die Maya-Identität sei aus den Friedensabkommen erwachsen. Das ist ein Stereotyp, und man muss sehr aufpassen, wenn man damit argumentiert. Ich würde im Gegenteil sagen, dass gewisse Richtungen, die mit den Friedensabkommen eingeschlagen wurden, dank der bereits existierenden Maya-Identität überhaupt erst thematisiert wurden. Die indigenen Mobilisierungen begannen in den 60er-Jahren und hatten ihren Einfluss auf die Guerilla. Nicht dass alle Indígenas Guerilleros und Guerilleras gewesen wären, aber da bestand ein klarer Bezug. Die Stärkung der Maya-Identität verlief parallel zu den Friedensverhandlungen und 1995 wurde das Abkommen über die Rechte und die Identität der Indigenen Völker unterzeichnet. Die sozialen Bewegungen, in denen die Indígenas organisiert waren, bezogen sich in ihrem täglichen Kampf immer auf die Maya-Identität und z. B. das indigene Gewohnheitsrecht.

Saríah Acevedo: Diese historische Entwicklung, von der Santiago spricht, ist interessant. Wenn wir sagen, dass die Maya-Bewegung in den 60er-Jahren entstand, soll das nicht heissen, dass es während der Kolonialisierung keine indigenen Völker gegeben hätte. Aber die Art, wie sie sich selber bezeichnet oder benannt haben, hat sich gemäss den Unterdrückungsstrukturen verändert. *Indios, Naturales*, danach *Indígenas* und heute ist es die Bevölkerung selber, die mit dem Aufbau einer neuen Identität sich als *Mayas* bezeichnet.

Es ist nicht der Staat, der diesen Begriff eingeführt hat, sondern Personen und Gruppen, die über Diskussionsprozesse und Reflexionen zu einer allgemein akzeptierten Übereinstimmung gekommen sind, unter der sich diverse Sektoren vereinen konnten. Daraus ist ein politischer Diskurs und die Forderung nach spezifischen Rechten entstanden. Die Maya-Bewegung ist heterogen, nicht bloss weil sie aus verschiedenen Ethnien zusammengesetzt ist. Da kommen noch Faktoren

wie die regionale Herkunft, die soziale Klasse etc. dazu. Alle diese Gruppen haben ihr eigenes Verständnis von Maya-Sein. Mit den Friedensabkommen hat sich diese Einsicht durchgesetzt und der Staat hat anerkannt, dass es eine Maya-Bevölkerung gibt. Sie wird in den politischen Diskurs aufgenommen und findet somit Eingang in die politische Welt.

Frage: Gemäss der letzten Volkszählung sind 39% der Bevölkerung Mayas, es gibt aber auch Leute die behaupten, dass es bis zu 60% sind. Wer ist Maya in diesem Land?

S.B.: Das Ergebnis der Volkszählung ist sehr interessant. Es ist tatsächlich einfacher, die politischen und die Regierungsinstanzen oder die Internationale Gemeinschaft davon zu überzeugen, den Begriff "Maya-Bevölkerung" zu verwenden, als die Bevölkerung selber. Weshalb? Da steckt ein ideologischer Prozess hinter. Wie gesagt, Identitäten werden konstruiert und wenn die Regierung während mehr als 200 Jahren die Leute davon überzeugt, dass, wer nicht Indio ist, Ladino ist, und wer Ladino ist, zwar arm aber immerhin kein Indio ist, dann werden so Ideologien verbreitet und verankert.

Auf der einen Seite haben wir den Staat mit seinem ganzen Apparat, um solche Ideologien zu verbreiten, auf der anderen Seite haben wir die indigene Bewegung, die nicht die selben Mittel zur Verfügung hat, um die Leute dazu zu bringen, sich selber als Mayas anzuerkennen. Ich arbeite nun schon 20 Jahre zu diesem Thema und in einer Sache hat sich nichts verändert: Wenn du die Leute fragst, ob sie Maya seien, sagen sie "nein", wenn du sie fragst, ob sie Indígenas seien, sagen sie "ich weiss nicht" und wenn du sie fragst, ob sie Ladinos seien, dann ist die Antwort "NEIN!". Eine Sache kann man also mit Sicherheit sagen: Der Ladinisierungsprozess hat nicht funktioniert. Und das ist schon ein ganz schöner Triumph.

Frage: Wie verhält sich der Staat gegenüber der "Mayanisierung"?

S.A.: Der Staat ist sehr offen, wenn es sich um Forderungen kultureller Art handelt, verschliesst sich hingegen, wenn es um sozioökonomische Forderungen geht. Konkrete Beispiele sind die Bewegungen in Totonicapán und Sololá, die sich gegen das Wassergesetz und die Minenprojekte wehren.

Wenn wir unsere Trachten und unsere Musik pflegen wollen, heisst es: "Wunderbar, geht zum Kulturministerium und ihr bekommt, was ihr braucht". Dies ist gut und wichtig, denn es geht um uns Mayas und um unsere Kultur, aber wenn wir Macht wollen, dann heisst es, wir seien manipulierte Bewegungen. Die Regierung ist uns gegenüber offen, solange es um etwas geht, das nicht konfliktrichtig ist, wenn wir aber Themen ansprechen, welche das ungerechte System in Frage stellen, dann stossen wir auf Widerstand.

Frage: Was bedeutet die Maya-Bewegung im politischen Kontext?

S.B.: Die Bewegung drückt sich in organisatorischer, sozialer und politischer Form aus. Die Tatsache, sich selber als Maya zu identifizieren, bedeutet aber nicht automatisch, einen oder eine Maya zu wählen. Die Maya-Identität ist nicht notwendigerweise eine parteipolitische Identität. Eine solche bildet sich erst aufgrund der politischen Debatte.

Ein politisches Maya-Projekt könnte funktionieren, bräuchte aber mehr als nur den Identitätsfaktor. Ich sehe zwei politische Optionen: Entweder die Gründung einer Maya-Partei oder wir schliessen uns den bestehenden politischen Parteien an. Die Frage ist also: Mayanisieren oder Guatemaltequisieren wir uns - oder anders gesagt, schliessen wir uns den bestehenden Strukturen an oder gründen wir unsere eigene.

S.A.: Man darf die Heterogenität nicht vergessen. Nicht alle, die sich Mayas nennen, haben die selben Interessen und denken identisch. Es gibt Mayas innerhalb der Campesino-Bewegung, ihre Bedürfnisse entsprechen denen der BäuerInnenbewegung. Es gibt Mayas, die sind AkademikerInnen und verfolgen entsprechende Interessen. Dann gibt es Mayas, die eher auf der kulturalistischen Schiene fahren, andere dagegen wieder mehr auf der politischen. Es gibt Mayas die Gewerbe betreiben und Zugang zum freien Markt wollen, auch das ist eine Realität. Die Identifizierung als Maya zusätzlich zu den hier aufgezählten anderen Identifikationen ist positiv, es bedeutet, sich

immer mehr von der despektierlichen Bezeichnung *Indio* zu lösen und sich einer philosophischen und kulturellen Strömung anzunähern. Das Ziel der Maya-Bewegung ist, die Stigmatisierung zu durchbrechen, die mit den Begriffen *Indio* oder *Indígena* auf der Maya-Bevölkerung lastet. Wir wollen dem eine neue Bedeutung geben.

Frage: Welche Rolle spielte der Staat bei der Konstruktion dieser Identität?

S.A.: Während des internen bewaffneten Konflikts befand sich der Staat in einer Legitimitäts- und Regierungskrise. Er war sich bewusst, dass er eine Integrationspolitik betreiben musste, wenn er nicht kollabieren wollte. In diesem Sinne boten die Friedensabkommen eine Gelegenheit, das Maya-Thema aufzugreifen und einzubeziehen.

Die Ursachen, die zum bewaffneten Konflikt führten, wurden mit den Friedensabkommen nicht behoben, aber sie erlaubten eine gewisse Modernisierung und geben dem Staat den notwendigen Sauerstoff, um noch etwas zu überleben. Das Funktionieren des Staates hängt stark davon ab, ob er es schafft, die Maya-Bewegung zu integrieren. Wenn es aber so weitergeht wie bisher, wenn nur periphere Fragen behandelt werden und die zentralen Elemente wie die Ungleichheit, die Gerechtigkeit und andere Faktoren übergangen werden, wird es unweigerlich wieder eine Krise geben.

Frage: Was bedeutet die Ernennung von Maya-VertreterInnen in Staatsfunktionen?

S.A.: Dies ist eine Sache, die auf zwei Ebenen Spannungen verursacht. Auf der einen Seite ist uns allen klar, dass der Staat seit seinen Anfängen rassistisch und ausschliessend ist und dass die politischen und administrativen Strukturen in diesem Sinne funktionieren. Auf der anderen Seite hat die indigene Bewegung die Forderung nach politischer Beteiligung aufgestellt. Es wurde damit argumentiert, dass wir die Mehrheit der Bevölkerung sind, aber die Politik in Funktion der Minderheit steht, und dass es nicht reicht, ein "Indígena-Gesetz" oder ein "Indígena-Ministerium" zu fordern.

Ein konkretes Beispiel ist der indigene Entwicklungsfonds (FODIGUA) der ein Budget von 20 Mio. Quetzales hat für einen Sektor, der zwischen 40% und 60% der Bevölkerung ausmacht. Oder die *Defensoría de la Mujer Indígena*, die ein Budget von 1 Mio. Quetzales für fast die Hälfte der Frauen die-

ses Landes zur Verfügung hat. Der Staat hat kleine Institutionen geschaffen für etwas, das einen ganzen Sektor umfassen sollte.

Wenn ein oder eine Indígena einen Staatsposten einnimmt, besteht auf der einen Seite die Befürchtung, dass er oder sie die Ideale der Maya-Bewegung vertritt. Und innerhalb des Staates befürchten gewisse FunktionärInnen, dass die Mayas die Sache auf den Kopf stellen und einen umgekehrten Rassismus einführen wollen. Dazu kommt, dass die politischen Parteien keine Nachwuchskader ausbilden. Die sozialen Bewegungen hingegen schon, aber ihre Einflussnahme auf die Regierungspolitik ist sehr gering.

Frage: Könnte eine Maya-Partei zu einer wichtigen politischen Kraft werden?

S.B.: Das Phänomen der sozialen Bewegungen kennen wir in ganz Lateinamerika. In einigen Ländern sind sie erfolgreicher als in anderen. In Bolivien z.B. staunen alle über die Mobilisierungsfähigkeit der bolivianischen Indígenas, dessen Bewegung sich sozialistische Bewegung nennt.

Frage: Diese indigenen Parteien, wie in Bolivien oder Ecuador, wurden von einigen als tumbapresidente-Bewegungen (Bewegungen, deren Ziel der Sturz des Präsidenten ist) bezeichnet, denen eine politische Vision fehlt.

S.B.: Stell dir vor, einen Präsidenten zu stürzen, ist schon recht viel! Die Demokratisierung kann nur das Mittel sein, nicht das Ziel an sich. Wenn die Institutionalität funktionieren würde, gäbe es solche Bewegungen nicht. Wie kann man das Justizwesen so umgestalten, dass es jemanden, der oder die einen Fehler begeht, nicht gleich einsperrt, sondern andere Formen von "Bestrafung" gesucht werden, wie es die Maya-Völker machen? Aber speziell in Guatemala ist der Staat solchen Veränderungen gegenüber total verschlossen.

Frage: Würde eine Indígenapartei ideologisch mit einer linken Partei übereinstimmen?

S.B.: Das hatten wir ja schon zur Zeit des bewaffneten Konflikts. Die indigenen Bewegungen sind eine Antwort des Volkes an die leidende, ausgeschlossene Bevölkerung, die ihre sozioökonomischen Rechte einfordert, ebenso wie andere, nicht-indigene Sektoren. Kraft erhält diese Bewegung dann, wenn sie es schafft, sich mit anderen Sektoren zusammenzuschliessen.

Der Staatsetat 2006 als Russisch-Roulette

Guatemala, 02.12. Wieder einmal auf den letzten Drücker winkte der Kongress auch heuer den Etat für das kommende Jahr durch. Und wieder einmal fehlte es nicht an Skandalen und Ungeschicklichkeiten von Seiten der Regierung, um diverse Interessen unter einen Hut zu bringen und andere aussen vor zu lassen.

Wäre nicht bis zum 30. November die Verabschiedung getroffen worden, stände für 2006 die gleiche Summe wie für 2005 zur Verfügung, das wären 32 Mrd. Quetzales (ca. US-\$ 4,2 Mrd.) – so geschehen im Jahr 2004. Inmitten von bis zum Schluss nicht vollständig geklärten Umverteilungsfragen und Zeitschindenden Anträgen auf Veränderung des Prozederes, wurde das ursprünglich vom Finanzministerium eingereichte Haushaltsvorhaben über knapp 36 Mrd. Quetzales um mehr als die für den Wiederaufbau nach *Stan* eingeplanten 1,5 Mrd. Quetzales auf letztendlich 37,8 Mrd. Quetzales aufgestockt und gebilligt.

Doch zugleich ist klar, dass diese Gelder, und vor allem der für die Rekonstruktion vorgesehene Betrag längst nicht ausreichen, um alle in 2006 aufkommenden Kosten zu decken. Es ist noch nicht einmal das verabschiedete Budget gedeckt, schaffte es die Regierung doch nicht, das notwendige Kongressquorum für die Billigung von Krediten über 600 Mio. Quetzales von der *Zentralamerikanischen Wirtschaftsintegrationsbank* (BCIE), der *Interamerikanischen Entwicklungsbank* (IADB) sowie der Weltbank zusammenzubekommen.

Abgeordnete der *Patriotischen Partei* (PP), der *Allianz Neue Nation* (ANN) und vom *Encuentro por Guatemala* denunzierten derweil dunkle Machenschaften und Korruptionsversuche von Seiten der Exekutive. Demnach sei von der Regierungspartei *Grosse Nationale Allianz* (GAN) angeboten – und gegenüber den für den Etat votierenden Mitgliedern der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG) und der *Nationalen Einheit der Hoffnung* (UNE) auch eingehalten – worden, dass jeder und jedem AbgeordneteN im Gegenzug für ihr Etat-Plazet Bauprojekte in Höhe von 2 Mio. Quetzales zur eigenen Verfügung gestellt wurde, für Fraktionsvorsitzenden und Mitglieder der Finanzkommission gar über 5 Mio. Quetzales. Zur eigenen Verfügung heisst in diesem Fall, dass die Abgeordneten zwar die Projekte über die lokalen Entwicklungsräte laufen lassen müssen, jedoch sich die Freiheit herausnehmen können, sowohl über die Art der konkreten Vorha-

ben in den für sie relevanten Wahlbezirken zu entscheiden als auch sie an von ihnen ausgewählte Firmen vergeben zu können, das Einziehen einer Vermittlungskommission nicht zu vergessen.

Ein UNE-Abgeordneter gibt gar zu, dass „wir eigentlich je 2,5 Mio. Quetzales gefordert haben, aber sie haben uns nur 2 Millionen gelassen.“ Der Fraktionsvorsitzende der *Partei des Nationalen Fortschritts* (PAN), Mario Taracena, der dem Anschein nach in Abwesenheit von seinen ParteikollegInnen seines Postens enthoben wurde, versicherte indes gegenüber den Bestechungsvorwürfen, dass diese bloss „zerstörten, um zu zerstören“ und absurd seien. „In Wirklichkeit hat (Roxana) Baldetti (von der *Patriotischen Partei*, die als erste die Angebote der Regierungspartei publik machte, die Red.) Bauprojekte zur Billigung eingereicht hat, die aber nicht autorisiert wurden und das hat sie „geärgert“, verteidigt sich Taracena.

Im Kongress wurden im Zusammenhang mit dem Haushalt rege Diskussionen geführt, um verschiedenste Vereinbarungen zu treffen, was von der Öffentlichkeit mit Skepsis beobachtet worden ist, waren doch die Verhandlungen ganz offensichtlich wenig transparent. Klar ist hingegen, dass einige der Abgeordneten neben dem politischen Vorteil nicht zu verachtende ökonomische Gewinne einstreichen werden, erinnert sei neben den oben genannten Projekten nur an die Billigung zum Bau des Strassenvorhabens der *Franja Transversal del Norte* (siehe ¡Fijáte! 348).

Nicht zum ersten Mal wurde zeitnah zur Etatverabschiedung von aktuellen und in diesem Jahr vornehmlich ehemaligen Kongressabgeordneten der Antrag eingereicht, ihnen rückwirkend Entschädigungsleistungen für ihre Dienstjahre zu zahlen, die allen anderen staatlichen Angestellten in Form von Lohnzusatzleistungen zustünden. Dass ihr Gehalt ohnehin diverse Vergünstigungen enthält, scheint für die „Eltern des Vaterlandes“ nicht auszureichen. In manchen Fällen, beispielsweise für den geleisteten „Kongressdienst“ von Ex-General Ríos Montt und andere Veteranen, würden diese „Entschädigungen“ locker die 100 Mio. Quetzales-Grenze überschreiten.

Während in diesem Jahr der Vorschlag zwar wieder durchaus kritische Gegenstimmen laut werden lässt, scheinen die BefürworterInnen deutlich im Vorteil zu liegen. Über eine Entscheidung ist jedoch bis dato nichts bekannt geworden.

Doch zwei andere Meldungen stellen die Geldverteilungspläne des Kongresses generell in Frage: Zum einen meint Vizepräsident Eduardo Stein selbst: „Wir sind sehr besorgt, weil die Fonds für den Wiederaufbau nicht den am meisten von *Stan* betroffenen Regionen zugewiesen wurden, für *San Marcos* gibt es 66 Mio. Quetzales weniger als ursprünglich kalkuliert.“ Nach Verabschiedung des Budgets erhoffen nun die Autoritäten, die Ausgaben für das nächste Jahr doch noch anzupassen. Zu den Sorgen gehören ausserdem das Kapitel der Agrarkonflikte, dessen Budget fast komplett gekürzt wurde, und die lauthals für Januar angekündigte *Generaldirektion für zivile Geheimdienst- und Informationstätigkeit* (DIGICI) (siehe ¡Fijáte! 347), für deren Funktion 200 Mio. Quetzales an Startkapital benötigt würden, die jedoch laut verabschiedetem Etatplan ebenfalls ohne jeglichen Centavo bleibt.

Zum anderen legte Präsident Óscar Berger sein Veto ein und verhinderte somit den Eintritt des Pensionsgesetzes für SeniorInnen, das eine monatliche Zahlung von knapp 400 Quetzales (ca. US-\$ 52) für all jene Übersechzigjährigen vorsieht, die keine Leistungen der Sozialversicherung erhalten. Der Mandatsträger argumentierte, dass es keine Gelder gäbe, diese Ausgaben zu decken; in Zahlen bräuchte es 240 Mio. Quetzales jährlich, um schätzungsweise 60 Tausend bedürftige SeniorInnen zu versorgen. Damit würde sich das bestehende Steuerdefizit erhöhen, so Berger. Mitte November war – ohne die Stimmen der GANA – das entsprechende Legislativdekret vom Kongress gebilligt worden, in dem auch die Finanzquellen benannt waren. Doch, so die Exekutive nun, diese vorgeschlagenen Fonds hätten schon anderweitige spezifische Bestimmungen.

Mit 105 Stimmen könnte der Kongress auch ohne Zustimmung des Präsidenten die Forderungen der SeniorInnen erfüllen. Laut dem Meinungsforschungsinstitut *Vox Latina* unterstützen 95,3% der GuatemalteKInnen die Schaffung einer Pension für die Bedürftigen, 32% sind zudem der Meinung, dass die nötigen Gelder aus Gehaltskürzungen der Abgeordneten stammen könnten.

Inmitten aller öffentlichen und Kongressinternen Kritik ob seiner Entscheidung, bot Berger nun an, einen Alternativvorschlag einzureichen, deren Quintessenz darin bestehen soll, dass die Pension letztendlich von den Begünstigten selbst finanziert werde.

Ein Vorgeschmack auf den Wiederaufbau?

Guatemala, 23. Nov. Anfang dieses Jahres initiierte das *Ministerium für Kommunikation, Infrastruktur und Wohnungen* (MICIVI) das Projekt „Mein Quartier“, mit dem mehr als 13'000 Häuser in 26 Siedlungen der Hauptstadt und näheren Umgebung gebaut werden sollten. Das MICIVI legte dafür in den Banken *Crédito Hipotecaria Nacional* (CHN) und *Bancafé* Fonds in der Höhe von 226 Mio. Quetzales an, was automatisch zur Folge hatte, dass die Aufträge für dieses Projekt nicht öffentlich ausgeschrieben werden mussten und somit das „Wettbewerbsgesetz“ ausgehebelt wurde. Eine weitere Eigenschaft dieser Fonds ist, dass deren Verwendung nicht überprüft werden kann, bzw. dass sie den Banken überschrieben wurden, einzig die *Superintendenz der Banken* könnte eine entsprechende Überprüfung vornehmen.

Der *Fonds für Wohnungsbau* (FOGUAVI), mit der Umsetzung des Projekts betraut, vergab die Arbeiten an fünf Nichtregierungsorganisationen (NRO) und zwei Bauunternehmen, erstere sollten einzig das Geld verwalten und für die Ausführung der Bauten qualifizierte Baufirmen kontrahieren. Die Tageszeitung *elPeriódico* fand jedoch bei einer Recherche heraus, dass diese Bedingung nicht eingehalten wurde und dass drei der NRO selber die Bauten ausführten, ohne auch nur ein bisschen Erfahrung im Hausbau zu haben. In einigen Fällen wurden die Bauten an Unternehmen vergeben, die familiär mit den Teilhabern der NRO verbandelt sind...

Die Leitlinien von FOGUAVI schreiben vor, dass die Begünstigten des Projekts „Mein Quartier“ über dessen Verlauf konsultiert werden müssen, was in einigen Siedlungen nicht realisiert wurde. Obwohl der FOGUAVI plante, aufgrund Ende letzten Jahres durchgeführten Abklärungen insgesamt 13'500 Häuser zu bauen, kursieren jetzt unterschiedliche Zahlen. Offenbar haben die mit der Umsetzung des Projekts betreuten NRO und Bauunternehmen nochmals neu definiert, wer ein neues Haus bekommt – an den Geldsummen, die sie vom FOGUAVI bekommen, ändert das aber nichts. Dies, obwohl die Bestimmungen von FOGUAVI eigentlich klar sind: Recht auf ein neues oder wieder aufgebautes Haus hat eine Familie, deren monatliches Einkommen unter 4'000 Quetzales liegt, und die bereit ist, ein Viertel der Gesamtkosten von 12 bzw. 15'000 Quetzales zu übernehmen.

Der Skandal im FOGUAVI könnte ein kleiner Vorgeschmack sein auf ähnliche, die im Rahmen des Wiederaufbaus

nach dem Hurrikan Stan zu erwarten sind, vor allem, nachdem der Präsident per Regierungsdekret das Gesetz über die öffentlichen Ausschreibungen aufgehoben hat, wenn es sich um Wiederaufbau-Aufträge handelt.

Unterdessen hat sich im Fall von „Mein Quartier“ auch die *Nationale Kommission zur Verringerung von Naturkatastrophen* (CONRED) zu Wort gemeldet und informierte darüber, dass die

meisten der 26 Siedlungen, in denen das FOGUAVI-Projekt gebaut wird, in Risikozonen liegen und bei starken Regenfällen weggespült werden können. Ein konkretes Beispiel dafür gibt es bereits: Vor kurzem überreichte Präsident Berger 1'600 Besitzurkunden für neu gebaute Häuser in der Siedlung „Los Cerritos“, von denen viele wenige Tage später wegen der Auswirkungen von Stan evakuiert werden mussten.

Wiedergutmachungskommission – Der Staat greift ein

Guatemala, 1. Dez. Ende November besetzten Mitglieder der *Nationalen Vereinigung der Opfer der Menschenrechtsverletzungen* (UNACODHI) in Coban das regionale Büro des *Programms für die Wiedergutmachung an den Opfern des bewaffneten Konflikts* (PNR) und forderten ein effizienteres Arbeiten dieser Instanz. Über 50 Personen aus verschiedenen Ortschaften im Departement Alta Verapaz kritisierten, dass das administrative Prozedere, um überhaupt als Opfer anerkannt zu werden, viel zu kompliziert und für sie als Betroffene erniedrigend sei. Weiter forderten sie die Eröffnung eines PNR-Büros in Ixcán Playa Grande sowie schliesslich den Rücktritt der Programmleiterin, Rosalina Tuyuc.

Gleichzeitig kam es auch zu Protesten in Chimaltenango. Dort forderten die Leute eine Erklärung darüber, weshalb sich die Auszahlung der Entschädigungsgelder verzögerten und weshalb das Budget der Kommission gekürzt worden sei. Auch hier forderten die Unzufriedenen den Rücktritt von Rosalina.

Dass es Probleme gibt im Programm, bzw. in der für dessen Umsetzung zuständigen *Kommission für die Wiedergutmachung* (CNR), war seit längerem bekannt und zeigte sich vor ein paar Monaten deutlich, als es um die Wieder- bzw. Neubesetzung der Kommissionsmitglieder ging (siehe ¡Fijáte 340). Dies hatte auch zur Folge, dass von den jährlich budgetierten 300 Mio. Quetzales bisher nur 40 Mio. Quetzales ausgegeben wurden, und zwar ausschliesslich für Löhne der MitarbeiterInnen und keinen einzigen Quetzal für die Wiedergutmachungsprogramme oder -Projekte.

Jetzt sah sich die Regierung gezwungen, einzugreifen, um der internen „Pattsituation“ ein Ende zu setzen, die das Funktionieren der Kommission verhindere, wie sich Vizepräsident Eduardo Stein ausdrückte. Nun soll die CNR um-

strukturiert werden, das heisst, die Entscheidungen innerhalb des Programms werden von Mitgliedern der Exekutive, d. h. der Regierung, getroffen, die VertreterInnen der Zivilgesellschaft, Frauen-, Indígena- und Menschenrechtsorganisationen, sollen gänzlich ausgewechselt werden und haben in Zukunft nur noch einen beratenden Status, aber kein Stimm- und Wahlrecht. Die Auszahlungen sollen direkt vom Finanzministerium getätigt werden, als Leiterin der Kommission soll aber weiterhin Rosalina Tuyuc fungieren.

Bekannt gab diese Massnahme Präsident Oscar Berger selber, mit dem Kommentar, die Verwaltung der Kommission durch die Zivilgesellschaft habe nicht funktioniert. Ob sie besser funktioniert, wenn die Regierung sie selber verwaltet, wird sich zeigen.

Obwohl sich einige Organisationen resigniert bis erfreut über das Eingreifen der Regierung äussern – „Wichtig ist in erster Linie die endliche Entschädigung der Opfer“, oder „Die Wiedergutmachung ist Aufgabe des Staates und nicht der Zivilgesellschaft“ – gibt es auch kritische Stimmen.

Die *Nationale Revolutionäre Einheit Guatemalas* (URNG) zum Beispiel erklärte in einer Pressemitteilung, dass diese Massnahme jede Mitbestimmung seitens der Zivilgesellschaft über die Art und Weise der Wiedergutmachung verunmögliche. Damit werde die Gefahr erhöht, dass das PNR zu wahlpolitischen Zwecken missbraucht würde.

Und die selbe UNACODHI, die noch Tage vorher den Rücktritt von Rosalina forderte, befürchtet nun, mit der Intervention der Regierung würde die Kommission – und somit auch die Würde der Opfer – in ein schlechtes Licht rücken. Zwar fordern die in der UNACODHI organisierten Opfer eine Umstrukturierung des Programms, doch soll dieses nach wie vor auf den Grund-

sätzen der Konsensfindung und Mitsprache funktionieren.

Orlando Blanco, ehemaliger Vertreter der Zivilgesellschaft innerhalb der Kommission, beschuldigt die Regierung, diesen Schritt schon seit letzten März geplant zu haben. Seiner Meinung nach ist die Regierung für die Verzögerungen der Arbeit der Kommission verantwortlich, z. B. durch Manipulation bei den Neuwahlen der Mitglieder im letzten Juni. Die Kommission habe durchaus gearbeitet, über 7'000 Fälle seien registriert worden und können, sobald die

entsprechenden Massnahmen veranlasst würden, entschädigt werden.

Dass es der Zivilgesellschaft offenbar nicht gelungen ist, das wichtige Thema der Wiedergutmachung zu prägen und in der Hand zu haben, ist schade. Andererseits hatte sie auch eine schwierige Aufgabe, ging es doch in erster Linie einmal darum, Delikte zu klassifizieren, den Status von „Opfersein“ zu definieren und mögliche Formen der Wiedergutmachung (symbolisch, materiell, etc.) zu benennen und gegeneinander abzuwägen. Es bleibt zu hoffen, dass

dieser Prozess nicht vergebens war und dass die neuen Verantwortlichen des Wiedergutmachungsprogramms ihn in der Neustrukturierung berücksichtigen.

Sieht man aber andere staatlich geleitete Kommissionen mit ähnlich schwierigen Aufgaben an (z. B. in Sachen Schlichtung von Landkonflikten, Entschädigung der Ex-Pac und jetzt neu die Kommission für den Wiederaufbau nach Stan) braucht es ein ganzes Stück Optimismus, die staatliche Intervention des Wiedergutmachungsprogramms von Herzen zu begrüssen.

Verschärfte Migrationsrisiken

Guatemala, 01. Dez. Während die Migrationspastorale der Diözese in San Marcos tagtäglich beobachtet, dass seit Stan deutlich mehr Menschen die Region verlassen und versuchen, in den USA ein Einkommen zu finden, kündigt US-Präsident Bush weitere Verschärfungen der Migrationspolitik seiner Regierung an. Die Grenze der USA solle offen sein für den Handel und für den Tourismus, aber geschlossen für Kriminelle, Drogenhändler und Terroristen, so George W. Bush Junior.

Das Thema des Temporären Sonderstatus für MigrantInnen (TPS) aus den vom Hurrikan betroffenen Ländern wird zwar von einigen US-Kongressmitgliedern unterstützt, ist jedoch bislang nicht verabschiedet worden. (siehe ¡Fijate! 346)

Sich von seinen vorherigen Diskursen distanzierend, in denen er die Beiträge der ImmigrantInnen für die Wirtschaft und die kulturelle Vielfalt der USA anerkannte, betonte Bush nun, dass die Migration von Nichtdokumentierten „unsere Schulen und Krankenhäuser unter Druck setze, die Ressourcen der Polizei verschleisse und die Kriminalität erhöhe und somit Gefahren für unsere Nachbarschaften und unsere Berufs- und Heimwege darstelle“. Auch stellte er klar: „Ich werde kein Gesetz unterschreiben, das eine Amnestie enthält. Wir sind zwar eine Gesellschaft, die die MigrantInnen willkommen heisst, aber wir sind auch eine Gesellschaft, die Wert auf den Rechtsstaat und die Macht des Gesetzes legt.“

Bushs Strategie besteht darin, mittels des Anstosses einer integralen Migrationsreform die „illegale“ Überschreitung der Grenzen zu verhindern, indem die Anwendung der Gesetze verschärft werden soll. Immerhin schlug er ein Programm für Zeitarbeitende vor, das einzig und allein die Wirtschaftsbedürfnisse befriedigen soll.

Während seiner Amtszeit hat der US-amerikanische Präsident die Mittel

für den Grenzschutz um 60% erhöht. Die AgentInnen haben 4,5 Millionen Personen festgenommen und in ihre Heimatländer zurückgeschickt, 350 Tausend von diesen hätten bereits eine Gefängnisvorgeschichte. Dabei bezieht er sich in erster Linie auf die Leute, die aus Süd- und Mittelamerika die Südgrenze zwischen Mexiko und den USA passieren.

Die genannte Reform beginnt ab 2006 mit einem erhöhten Schutz der Grenzen, wobei Bush vorsieht, dass diejenigen Personen, die die Grenze überschreiten und festgenommen werden, ohne Ausnahme sofort zurückgeschickt werden. Ein vermeintlich genialer Streich soll zudem sein, die MigrantInnen so weit wie möglich von der US-amerikanischen Grenze weg zu deportieren, um die Wiederholung der illegalen Grenzüberschreitung in die USA zu verhindern – ein Witz, wie ExpertInnen meinen, ist doch der Weg durch die zentralamerikanischen Länder vergleichsweise hindernisarm.

Eine weitere Massnahme soll die „ungehinderte Deportation“ sein, um die nicht-mexikanischen ImmigrantInnen in weniger als 32 Tagen, also dreimal schneller als bislang, festnehmen, einem Gerichtsprozess unterziehen und ausweisen zu können. 85% der in die USA einreisenden nicht-dokumentierten MigrantInnen sind mexikanischer Herkunft.

Die US-amerikanische Regierung betrachtet diese Strategie als vielversprechend, sei doch mit dem Pilotprogramm in der Wüste im Westen des US-Bundesstaates Arizona erreicht worden, dass 35'000 Nichtdokumentierte mittels der „Internen Repatriierung“ nach Mexiko zurückgeschickt worden seien und nur 8% entdeckt wurden, die erneut versucht hätten, die Grenze zu überschreiten.

Mit der Anwendung der Immigrationsgesetze löse und pflege die Bundesregierung das Versprechen tolerante und freundliche Vereinigte Staaten zu sein und schütze die Chancen für alle, so George W. Bush.

Dass die Menschen, die sich auf den Weg in die USA machen, auf der ganzen Strecke ihr Leben aufs Spiel setzen und in ihrer Situation als Nichtdokumentierte sowohl von Kriminellen als auch von den Grenzschutz- und Polizeiangestellten hemmungslos ausgenutzt und missbraucht werden, findet dabei keinerlei Beachtung.

Ein brisantes Thema ist in diesem Zusammenhang der Menschenhandel, in deren Fänge die MigrantInnen aufgrund ihrer ungeschützten Lage leicht geraten und das derzeit in der Region mehr und mehr bekannt gemacht wird. Für diese Menschen, die beispielsweise mit Scheinangeboten für Jobs oder Heirat betrogen oder gar entführt, in anderen und nicht seltenen Fällen aber auch real von Erziehungsberechtigten oder Familienangehörigen verkauft wurden, ist die Deportation zusätzlich mit grossen Bedrohungen verbunden. Ihre Zuhälter schüchtern sie damit ein, zu wissen, woher sie kommen und wo ihre Familie wohnt, sollten sie versuchen, zu entkommen. Der Preis für die Flucht ist demnach unermesslich und beschränkt sich nicht nur auf das eigene Schicksal. Doch bei der Deportation durch die Behörden kommt es ja genau zu einer solchen vermeintlichen Flucht-Situation, bei der Festnahme von MigrantInnen ohne Dokumente wird jedoch überhaupt nicht danach gefragt, ob sich die Personen „freiwillig“ ohne gültige Dokumente auf den Weg gemacht haben oder von anderen dazu gezwungen wurden und extra von den Menschenhändlern ihrer Papiere entledigt wurden.

Des öfteren mischen sich die Modalitäten von Menschenschleusern und -händlern, wenn diese nämlich als bezahlte "Lotsen" die MigrantInnen durch diverse Länder bis z. B. zur Südgrenze von Mexiko begleiten und dann die Reisenden auffordern, sich "erkenntlich zu zeigen", in dem sie entweder als Drogenkuriere bis in die USA fungierten, oder aber in ihre Heimat zurückmüssten.

Traumatische Post-*Stan*-Krise

Guatemala, 01. Dez. Unfähigkeit oder fehlenden Willen spiegele das Verhalten der Regierungsautoritäten wider, die vielen der Opfer des Hurrikans *Stan* immer noch nicht zur Hilfe gekommen seien, so die Betroffenen, die sich über die anhaltende Ungerechtigkeit und Unangemessenheit der Verteilung der Hilfe noch zwei Monate nach der Tragödie beschwerten.

Isolation aufgrund der zerstörten Infrastruktur, fehlende Nahrungsmittel und Medikamente sowie der Mangel von adäquaten Unterkünften sind nur einige der Schwierigkeiten, denen sich tausende von BäuerInnen- und indigenen Familien gegenübersehen, denen *Stan* Anfang Oktober ihr Hab und Gut genommen hat.

Die nationale und internationale Solidarität hat sich durchaus bemerkbar gemacht, doch offensichtlich ist sie vielerorts nicht an ihr Ziel gelangt, da sie, wie von den Opfern angezeigt, von nationalen und lokalen FunktionärInnen für parteipolitische Zwecke beschlagnahmt wurde. Berichtet wird – trotz der Anzeigen und Sensibilisierung von Anfang an – nicht nur von weiterhin instrumentalisierter konkreter Parteipropaganda sondern auch, dass nicht selten die "Verteilenden" ausschliesslich jene "Bedürftigen" mit materieller Unterstützung bedenken, die der "richtigen" (politischen) Couleur angehören.

Die Beschwerden der BäuerInnen und Indígenas werden von Organisationen der Zivilgesellschaft und dem Menschenrechtsprokurat (PDH) unterstützt. Die lokale PDH-Dependenz in Escuintla beispielsweise wies darauf hin, dass viele Gemeinden des Departements immer noch keinerlei Hilfe erhalten hätten. Der FRG-Abgeordnete und Leiter der *Stan*-Hilfs-Kommission des Kongresses bezieht sich gar auf eine Liste der PDH, in der mindestens einhundert Gemeinden in dieser Lage sind. Vor allem aus den Regionen um San Marcos und Huehuetenango wird ähnliches berichtet; die Dörfer San José El Rodeo, San Pablo und San Rafael Pié de la Cuesta, San Marcos, sind bis heute nur über eine instabile Hängebrücke zu erreichen, da der dortige Fluss die vorherige Brücke mit sich gerissen hat. Wie auch im Munizip Nuevo Palmar, Retalhuleu, ist die alternative Strecke nicht nur in schlechtem Zustand, sondern liegt zudem im Fokus von Kriminellen, die Fahrzeuge und PassantInnen dank mangelnden Polizeischutzes fortwährend überfallen und ausrauben.

Die Warnung des *Weltlandwirtschafts- und Ernährungsfonds* (FAO) hinsichtlich einer drohenden Hungerkri-

se in den nächsten Monaten ist nicht nur bedingt durch den Verlust der Ernte durch den Hurrikan sondern auch durch die unterdessen bereits eingebrochene Kältesaison, die vornehmlich die von *Stan* betroffenen Gebiete im westlichen Hochland Guatemalas trifft und bereits einige Todesopfer aufgrund Erfrierens gefordert hat.

Die Regierung und ihre Institutionen behalten derweil ihre Massenkampagnen in den Medien bei, in denen sie ihre vermeintlichen "Post-*Stan*-Erfolge" hervorheben, darunter auch die Übergabe der temporären Unterkünfte in Panabaj, Sololá, die von der Bevölkerung abgelehnt wurden, da sie weder den grundlegenden Notwendigkeiten noch den kulturellen Vorstellungen der Betroffenen entsprechen. Dass das Baumaterial leicht entzündbar ist und weder Wind noch Wetter standhalten wird, ist nur ein Detail am Rande.

An dieser Stelle soll eine Ungenauigkeit im Artikel "Aufgewühlte Wasser nach dem Sturm" im vorherigen ¡Fijáte! 348 korrigiert werden: Die dort erwähnten 193 von der Regierung geplanten Ersatzhäuser sind allein in Panabaj aufgestellt worden. Auf nationaler Ebene umfasst der erste Wiederaufbauplan unterdessen eine Reihe verteilter Aufgaben: Das *Sekretariat Sozialer Projekte der Präsidentengattin* (SOSEP) soll 69,51 Mio. Quetzales u. a. in Wohnungsbau und Ausstattung investieren, das Landwirtschaftsministerium stellt 200 Mio. Quetzales für die Aufforstung der höheren Abhänge von Flussbecken und die Diversifikation der Landwirtschaft zur Verfügung, das *Kommunikations-, Verkehrs- und Infrastrukturministerium* (MICIVI) soll 1'400 km asphaltierte und 5'400 km Schotterstrassen reparieren, 45 Brücken aufbauen und 10'000 Häuser bauen. Allein für den Brückenbau verfügt es über 190 Mio. Quetzales.

Unterdessen werden erst langsam die Bestandsaufnahmen hinsichtlich der Verluste und Schäden in den einzelnen Departements abgeschlossen und bekannt gegeben. Die offiziellen Zahlen, die somit als unvollständig gelten müssen, benennen indes als Folgen von *Stan* 669 Tote, 844 Vermisste, 25'832 beschädigte und 9'136 verlorene Wohnhäuser sowie insgesamt 158 betroffene Gemeinden sowie ein Grossteil zerstörter Strasseninfrastruktur. Nicht nur aufgrund der noch nicht mit einbezogenen Detaildaten der einzelnen Departements halten soziale Organisationen die Angaben für unrichtig und bezeichnen die Folgen der Katastrophe schlicht als nicht quantifizierbar.

Dieser Körper gehört mir!

Guatemala, 26. Nov. Hunderte von Frauen jeglichen Alters und sozialer Gruppierung, darunter Opfer häuslicher Gewalt und Angehörige von Opfern von Verbrechen gegen Frauen, demonstrieren am *Internationalen Tag gegen Gewalt gegen Frauen* am 25. Nov. sowohl in der Hauptstadt als auch in zahlreichen Departements. Mit Särgen auf den Schultern und Plakaten mit Slogans wie „Dieser Körper gehört mir, er wird nicht berührt, er wird nicht vergewaltigt, er wird nicht ermordet!“ oder „Weder auf der Strasse noch zu Hause: Schluss mit der Gewalt gegen Frauen!“ beschuldigten die Demonstrierenden das Innenministerium ob dessen Ineffizienz, die *Nationale Zivilpolizei* (PNC) als wirkungslos und die Staatsanwaltschaft aufgrund des Fehlens jeglicher Ermittlungen als Komplizinnen bei den laut offiziellen Zahlen 580 Morden an Frauen, die bis November in diesem Jahr registriert wurden und von denen kein einziger gerichtlich vorangekommen ist. Das Justizsystem wurde extremer Langsamkeit beschuldigt, der Kongress ob seines fehlenden Willens, Gesetze zu Gunsten der Frauen zu verabschieden und schliesslich die Exekutive ob ihrer Indifferenz gegenüber der bedrohlichen Situation für die weibliche Bevölkerung.

All diese Kritik gegen die involvierten Institutionen wurde symbolisch an den jeweiligen Gebäuden mit Plakaten und roten Graffiti-Kreuzen festgemacht.

¡Fijáte!

**Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.**

**Bankverbindung:
Postbank Karlsruhe
BLZ: 660 100 75
Kto. -Nr.: 32 95 01-751**

Redaktion:

**Barbara Müller
Christiane Treeck**

c-tree@gmx.net

Aboverwaltung:

**Ewald Seiler
Rahel-Varnhagen-Str. 15
79100 Freiburg
fijate@web.de**

Jahres-Abo: 55.- €

Auslands-Abo: 60.- €

E-Mail-Abo: 50.- €

Erscheinungsweise 14-täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

www.guatemala.de/Fijate/index.html